



ivote

SO WIRD DIE EU WIEDER WETTBEWERBSFÄHIG!

Welche Maßnahmen braucht es, um Europa
im neuen globalen Machtgefüge zu stärken?

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M

Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



MINT-GIRLS-CHALLENGE

900 Mädchen nahmen am
Wettbewerb teil

Seite 4



WIEN

Stärkerer Fokus auf den
Standort notwendig

Seite 10

INDIEN

Wachstumsmarkt und
aufstrebender Partner

Seite 2

Forschungsfinanzierung: Steigende Investitionen, unerreichte Ziele

Trotz steigender Forschungsausgaben kann sich Österreich nicht als führende Technologienation in Europa etablieren.

Investitionen in Forschung und Entwicklung sind der Motor für die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit eines Landes. Im Jahr 2024 hat Österreich seine Forschungsinvestitionen auf 3,34 Prozent des BIP erhöht – das geht aus der im April von Statistik Austria veröffentlichten Globalschätzung hervor. Gegenüber dem Vorjahr entspricht das einer Zunahme von sieben Prozent, die Gesamtausgaben belaufen sich auf 16,6 Milliarden Euro. Nach wie vor tragen Unternehmen zwei Drittel der Forschungsausgaben. Österreich liegt EU-weit hinter Belgien und Schweden auf dem dritten Platz und ist damit einer der wenigen EU-Mitgliedsstaaten, die das

EU-Ziel einer Forschungsquote von drei Prozent erfüllen. Der bereits für 2020 angestrebte Zielwert von 3,76 Prozent des BIP wird jedoch weiterhin verfehlt.

Diese Ergebnisse zeigen deutlich, dass Österreich noch einige Anstrengungen auf dem Weg zur Technologienation und einem Innovation Leader zu bewältigen hat. Zusätzlich stehen die Unternehmen vor enormen Herausforderungen durch sich weiter verschärfende geopolitische Veränderungen, globale Technologiewettläufe, die grüne und digitale Transformation und umfassende Kostenbelastungen. Daher ist es umso wichtiger, die Ziele der FTI-Strategie

2030 konsequent und mit Nachdruck umzusetzen und ein Forschungsquotenziel von vier Prozent zu verankern.

Um zukunftsfähig zu bleiben, brauchen wir sowohl in herausfordernden als auch in erfolgreichen Zeiten ein klares Commitment der Politik, Investitionen in F&E als Priorität zu führen. In den FTI-Budgets der kommenden Jahre muss sich neben der Inflationsanpassung auch ein deutlicher Wachstumspfad abzeichnen. Insbesondere gilt es, die Technologieoffensive für angewandte Forschung und Technologieentwicklung weiter voranzutreiben. Ebenso dringlich muss der Fonds Zukunft Österreich über 2025 hinaus

gesichert und auf mindestens 200 Millionen Euro ausgebaut werden.

Europa kann seine globale Wettbewerbsfähigkeit längerfristig nur über eine klare Steigerung der Produktivität halten. Es gilt mehr denn je, FTI immer auch möglichst europäisch zu denken und umzusetzen. Österreich als starker Profiteur des EU-Forschungsrahmenprogramms muss sich daher auf EU-Ebene für ein schlagkräftiges Budget von zumindest 200 Milliarden Euro und eine Verdoppelung der derzeitigen Dotierung für Schlüsseltechnologien und industrielle Zukunftsbereiche einsetzen – damit kein Weg am Technologiestandort Europa vorbeiführt!

Erste Stiftungsprofessur für Wirtschaftsbildung in Österreich kommt

Die Stiftung für Wirtschaftsbildung widmet sich seit 2021 der Wirtschaftsbildung in Österreich. 2025 startet nun die erste dezidierte Stiftungsprofessur an der JKU Linz.

Die Stiftung für Wirtschaftsbildung wurde 2021 von der IV, der Arbeiterkammer, der ERSTE Stiftung, der Innovationsstiftung für Bildung, der MEGA Bildungstiftung, der Oesterreichischen Nationalbank sowie der Wirtschaftskammer Österreich ins Leben gerufen. Das Ziel: zeitgemäße, faktenbasierte und praxisnahe Wirtschaftsbildung in der Schule. Seither hat sie in Sachen

Wirtschaftsbildung in Österreich schon einiges bewegt.

Im Jahr 2022 hat die Stiftung begonnen, das Schulpilotprojekt „Wirtschaftsbildung“ umzusetzen. Dieses Projekt unterstützt mittlerweile 60 Schulen österreichweit dabei, verstärkt Wirtschaftsbildung zu unterrichten. Auf der Plattform Wirtschaft-erleben.at stehen allen Pädagoginnen und Pädagogen

qualitätsgeprüfte Lehr- und Lernmaterialien frei zum Download zur Verfügung. Nun ist der Stiftung gemeinsam mit weiteren engagierten Gründungspartnern (IV-OÖ, Innovationsstiftung für Bildung, ERSTE Stiftung, Sparkasse OÖ, Fabasoft AG, Land Oberösterreich und Wirtschaftskammer Österreich) der nächste Coup gelungen: Die österreichweit erste Stiftungsprofessur für Wirtschaftsbildung am Institut für

Wirtschafts- und Berufspädagogik der JKU Linz startet ab 2025. Mit der neuen Stiftungsprofessur wird die Entwicklung von Lehr- und Lernmaterialien für die ökonomische Allgemeinbildung forciert und die Ausbildung angehender Lehrkräfte für den Wirtschaftsunterricht verbessert. Außerdem möchte sich die JKU mit der neuen Professur verstärkt im Bereich der Fortbildung von Lehrkräften engagieren.

Aktuelles in Kürze

Innovatives Ökosystem für Life Sciences

Der World IP Day 2024 im Haus der Industrie widmete sich Innovationstreibern in der Life-Science-Branche.

Die Life Sciences bilden nicht nur eine wesentliche Basis für innovative Produkte und Therapien im Bereich der Gesundheit, sondern sie liefern auch Lösungen für Herausforderungen im Zusammenhang mit Klima, Umwelt und Ressourcenmanagement. Die Life-Science-Disziplinen bilden ein Stärkefeld der österreichischen Forschungslandschaft und die in diesem Bereich tätigen Unternehmen tragen wesentlich zum Erfolg des österreichischen Wirtschaftsstandorts bei. Daher fand die Veranstaltung NCP-IP World IP Day 2024 unter dem Titel „Innovationstreiber in der Life-Science-Branche“ in den Räumen der Industriellenvereinigung statt.

Ein wesentlicher Baustein des Erfolgs ist enge und langfristige Kooperation zwischen Leitbetrieben, Startups, wissenschaftlichen Einrichtungen und Investoren. Das bestehende Innovations-Ökosystem zeichnet sich durch enge Zusammenarbeit und strategische Partnerschaften aus. Wie dieses Ökosystem weiterentwickelt werden kann, um neue Innovationen rascher und zielgerichteter umzusetzen und wie langfristige Schutzstrategien für geistiges Eigentum aussehen, diskutierten Marie-Kathrin Breyer (Ludwig Boltzmann Institut für Lungengesundheit), Peter Nussbaumer („wings4innovation“), Rainer Schultheis (Saphenus Medical Technologies) und Bettina Resl (Novartis Österreich).

September 2024: IV Partner bei Technology Talks Austria

Auch heuer ist die IV wieder Partner bei den hochkarätigen „Technology Talks Austria“. Die Technology Talks, die mittlerweile als Marke mit hohen Qualitätsansprüchen etabliert sind, existieren bereits seit über 40 Jahren (bisher im Rahmen des Europäischen Forums Alpbach) und finden heuer erstmals von 12. bis 13. September 2024 in Wien back-to-back mit dem FFG Forum statt. Das diesjährige Leitthema ist die Bedeutung von Forschung, Technologie und Innovation (FTI) für die „Triple Transition“. Die internationalen Panels, Keynotes und Workshops spannen den Bogen von der „grünen“ und der digitalen über die „Human centered“-Transformation bis zur europäischen FTI-Politik. Im Fokus steht dabei die Bedeutung von Schlüsseltechnologien als Hebel für die Transformationsprozesse und wie Industrie, Wissenschaft

und Gesellschaft die Herausforderungen erfolgreich meistern und die sich bietenden Chancen bestmöglich strategisch gestalten können. Zudem wird auch die Frage nach notwendigen Maßnahmen und Schwerpunkten der Politik für eine prosperierende Zukunft diskutiert.



Der Ticketverkauf hat bereits begonnen – nähere Informationen unter www.technologytalks.ait.ac.at

Impulse für ein wettbewerbsfähiges Europa

Die Industriellenvereinigung schlägt zukunftsweisende Maßnahmen für eine wettbewerbsfähige EU vor. Im Zentrum stehen eine Stärkung des Binnenmarkts, Innovationskraft, Sicherheitspolitik und Arbeitsmarktreformen.

Zweimal jährlich veröffentlicht der Internationale Währungsfonds (IWF) einen ausführlichen Report über die Entwicklung der Weltwirtschaft. Für Europa gab es jetzt lange Zeit keine besonders guten Nachrichten, aber den jüngsten „World Economic Outlook“ konnte Alfred Krammer, Direktor der Europa-Abteilung des IWF, so zusammenfassen: „Nach Jahren der Krisen und ihrer Folgen ist eine sanfte Landung für die europäische Wirtschaft in greifbare Nähe gerückt.“ Um diese Chance in einen echten Aufschwung verwandeln zu können, sind allerdings dringend Reformen notwendig. Der europäische Binnenmarkt ist eine große Erfolgsgeschichte – seit Österreichs Beitritt zur EU 1995 haben sich die heimischen Exporte von 42,2 Mrd. Euro (1995) auf 194,1 Mrd. Euro (2022) mehr als vervierfacht. Die weitere europäische Integration birgt große ungenutzte Produktivitätsgewinne innerhalb der Europäischen Union und darüber hinaus – und wird für die kommende Legislaturperiode zur zentralen Aufgabe.

Doch welche Maßnahmen braucht es, um die Wettbewerbsfähigkeit Europas im neuen globalen Machtgefüge zu stärken? Die Industriellenvereinigung hat im Vorfeld der EU-Wahlen umfassende Handlungsempfehlungen entwickelt. Im Fokus steht dabei das klare Bekenntnis zum europäischen Binnenmarkt, der als Herzstück der europäischen Wirtschaft eine Schlüsselrolle einnimmt. „Es geht darum, Handelsbarrieren abzubauen, grenzüberschreitende Dienstleistungen zu vereinfachen und eine echte Kapitalmarktunion zu etablieren, um unternehmerische Freiheiten zu maximieren und das Wachstumspotenzial zu heben“, so IV-Präsident Georg Knill.

Außenhandel und Sicherheit

In einer Zeit globaler Unsicherheiten und wirtschaftlicher Herausforderungen ist zudem eine proaktive und selbstbewusste Außenwirtschaftspolitik notwendig. Der Ausbau eines starken Netzes aus Handelsverträgen sowie eine sicherheitspolitische Perspektive, die den Aufbau eines verteidigungsfähigen Europas einschließt, sind essenziell für die dauerhafte Sicherung des europäischen Demokratie- und Wohlstandsmodells.

Die Balance zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und umweltpolitischer Verantwortung stellt eine zentrale Herausforderung für Europa dar. „Die industriellen Kapazitäten Europas sind entscheidend für unsere wirtschaftliche Zukunft“, erklärt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. „Deshalb müssen wir gegen die übermäßigen Regulierungen und die hohen Energiekosten vorgehen, die sie bedrohen. Eine umfassende Überprüfung der wirtschaftlichen Auswirkungen des Green Deals ist dabei unerlässlich, um unsere Industrie zu schützen und gleichzeitig unsere Umweltverantwortung wahrzunehmen.“

Qualifizierte Arbeitskräfte

Der branchenübergreifende Fachkräftemangel ist in ganz Europa spürbar – die IV setzt sich für effektive Maßnahmen zur Anerkennung von Qualifikationen und für die Beseitigung von Mobilitätshindernissen ein, um die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte zu verbessern. Mit Blick auf die nationalen Arbeitsmärkte gilt es, Maßnahmen zur Erhöhung des Arbeitsvolumens umzusetzen. „Durch die Förderung von Vollzeitarbeit

und die Schaffung von Anreizen für längeres Arbeiten könnten nicht nur Produktivität und Wirtschaftsleistung gesteigert, sondern auch zusätzliche Abgaben generiert werden, die wiederum in Bildung und Kinderbetreuung investiert werden könnten“, so Knill.

Europa als Standort für Innovationen

Europa steht im globalen Wettbewerb um technologische Führerschaft, insbesondere in Schlüsseltechnologien wie der künstlichen Intelligenz (KI), bei denen die USA deutlich höhere Investitionen tätigen. Um diesen Rückstand aufzuholen, ist eine erhebliche Erhöhung des EU-Forschungsbudgets auf 200 Milliarden Euro geplant. Dieser Schritt soll die Forschung und Technologieentwicklung stärken und Europas Attraktivität als Standort für Innovationen erhöhen. Zudem sollen Hemmnisse für Investitionen beseitigt und die Kapitalmarktunion ausgebaut werden, um europäischen Unternehmen den Zugang zu Eigenkapitalfinanzierungen zu erleichtern und die Entwicklung von Zukunftstechnologien voranzutreiben.

„Die Industriellenvereinigung setzt sich mit diesen Vorschlägen für eine tiefgreifende Kurskorrektur ein, um Europa als wettbewerbsfähigen und zukunftsfähigen Standort zu stärken“, so Knill. Dies soll eine Priorität für die kommende EU-Legislaturperiode sein, um Herausforderungen anzugehen und die Erfolgsgeschichte Europas fortzuschreiben.

ZUKUNFT
GESTALTEN

EUROPAWAHL X
9. JUNI 2024

ivote

iv INDUSTRIELLEN VEREINIGUNG
www.iv.at

Wer bestimmt, wohin sich Europa in Zukunft bewegt? Du!
Nutze deine Stimme und wähle, denn wir entscheiden gemeinsam in welchem Europa wir morgen leben möchten.

Nutze deine Stimme!

Um möglichst viele Menschen zu den Wahlen zu bringen, setzt die Industriellenvereinigung mit der „IVote“-Initiative auf Rolemodels aus der Industrie, die ihre Stimme für die Zukunft Europas nutzen. Auch CEOs, Beschäftigte und Lehrlinge aus vielen der insgesamt 5.000 Mitgliedsunternehmen der IV machen mit und setzen mit persönlichen „IVote“-Bildern in ihren Unternehmen und auf Social Media ein Zeichen für Demokratie und europäischen Zusammenhalt.

„Wettbewerbsfähigkeit Europas ist eine der Top-Prioritäten“

Johannes Hahn war Wissenschaftsminister in Österreich und ist seit 2010 EU-Kommissar, zuletzt zuständig für Haushalt und Verwaltung. Im Interview spricht er über die Wettbewerbsfähigkeit Europas und darüber, warum die Europäische Union manchmal so kompliziert ist.

Der europäische Industriestandort steht gewaltig unter Druck. Was können und müssen wir tun, um Europa wieder global wettbewerbsfähig zu machen?

Johannes Hahn: Die Stärkung der globalen Wettbewerbsfähigkeit Europas ist eine der Top-Prioritäten der Strategischen Agenda der EU für die Jahre 2024 bis 2029. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Mitgliedstaaten und die EU an einem Strang ziehen! Als zielführende Maßnahmen sehe ich vor allem die Vervollständigung des Binnenmarkts, die Förderung innovativer Technologien – bei denen sich die EU dank Green Deal und der Digitalen Agenda bereits bestens positioniert hat – und den Bürokratieabbau auf EU- und nationaler Ebene. Die Europäische Union hat großes Potenzial: gut ausgebildete Arbeitskräfte, Innovationskraft und vor allem sozialen Frieden und Stabilität sowie Rechtsstaatlichkeit, die für Investitionen unerlässlich sind.

Wie muss das nächste EU-Budget aussehen, um zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschafts- und Industriestandorts Europa beizutragen?

Nachdem das EU-Budget in Zahlen gegossene Politik ist, müssen im künftigen mehrjährigen EU-Budget jene Bereiche finanziell gut ausgestattet werden, die zur globalen Wettbewerbsfähigkeit der Union beitragen; also etwa die Bereiche Forschung und Innovation, neue Technologien in den Bereichen Umwelt, Bio- und Computerwissenschaft sowie gemeinsame, länderübergreifende Projekte, die europäischen Mehrwert bringen, wie es im Verkehrs- oder Energiebereich bereits geschieht. Wir haben mit der Initiative STEP bereits einen guten Ansatz für die Förderung neuer Technologien auf den Weg gebracht, aber natürlich ist das nur ein erster Schritt und braucht im künftigen EU-Budget entsprechende finanzielle Ausstattung.

Aus meiner Sicht gibt es zwei Wege, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU budgetär sicherzustellen: Entweder die Mitgliedstaaten zahlen höhere Beiträge in das EU-Budget oder man ändert die derzeitige Struktur des EU-Budgets. Letzteres würde konkret bedeuten, dass man in Hinblick auf die Mittelausstattung die



EU-Kommissar Johannes Hahn.

gegenwärtig dominanten Bereiche Regional- und Landwirtschaftspolitik zugunsten jener Bereiche, welche die globale Wettbewerbsfähigkeit sichern, kürzt. Die Entscheidung liegt bei den Mitgliedstaaten! Hier gilt es Farbe zu bekennen: Man kann nicht mehr globale Wettbewerbsfähigkeit, mehr Sicherheit etc. fordern, ohne in diese Bereiche zu investieren.

Die Industrie bekennt sich klar zu Europa und zur EU, allerdings hinterfragen wir kritisch, warum viele Ideen aus Brüssel gut gemeint, aber aus unserer Sicht schlecht umgesetzt sind. Ein Beispiel ist das Lieferkettengesetz mit dem massiven Anstieg an bürokratischen Anforderungen durch ausufernde Sorgfaltspflichten. Auch beim Green Deal besteht diese Sorge. Warum ist Europa so kompliziert?

Zunächst eine Klarstellung: „Ideen aus Brüssel“ ist eine Verallgemeinerung. Was steckt dahinter? Gemeint ist die Europäische Union, die aus drei Institutionen besteht: der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament und dem Rat, in dem die Mitgliedstaaten vertreten sind. Wenn es also um „Ideen aus Brüssel“ geht, dann hat die Europäische Kommission, die das Initiativrecht hat, einen Vorschlag gemacht, der vom EU-Parlament und dem Rat erst angenommen werden muss. Im Wege dieses Entscheidungsprozesses kommt es meistens zu Änderungen des Kommissionsvorschlags, wie es auch im Falle des Lieferkettengesetzes geschehen ist. Das Ergebnis ist ein Kompromiss, in den die Stellungnahmen aller Institutionen und ihrer Vertreter eingeflossen sind. Dazu kommen noch umfangreiche Konsultationen mit Interessenvertretern. Das ist natürlich ein langwieriger Prozess, der aber – und damit bin ich schon bei ihrer Frage, warum Europa so „kompliziert“ ist – die Breite der Meinungen repräsentiert. Die Berücksichtigung unterschiedlichster Positionen ist sicherlich eine komplexe Herangehensweise, garantiert aber eine demokratische und transparente Entscheidungsfindung. Daher bin ich gegen Kritik, dass Europa „zu kompliziert“ sei. Die großen Herausforderungen unserer Zeit, vom Klimawandel über Migration bis zur Bedrohung unseres demokratischen Systems, sind nicht mit einfachen Antworten zu lösen, auch wenn Populisten das weismachen wollen!

Was die Berichterstattungspflicht sowohl beim Lieferkettengesetz als auch bei Maßnahmen des Green Deal betrifft, ist es wichtig, dass bei der Umsetzung in nationales Recht mit Augenmaß vorgegangen wird – denn Bürokratie ist auch sehr oft hausgemacht; Stichwort „Gold-Plating“.



WEBTIPP

Hier geht's zum Download des IV-Positionspapiers zur EU-Wahl 2024

Neue IV-Task-Force für europäische FTI-Politik gestartet

Österreich zählt beim EU-Programm „Horizon Europe“ zu den erfolgreichsten einwerbenden Forschungsländern und hat bisher knapp über eine Milliarde Euro zurückgeholt. Um europäische FTI-Initiativen noch besser mitgestalten zu können, hat die IV nun eine eigene Task-Force gegründet.

Ein starkes Europa muss offensiv in Forschung, Schlüsseltechnologien und Innovation investieren, um auf der Grundlage von wissenschaftlicher Exzellenz, Technologiekompetenz und Technologieführerschaft auf den globalen Märkten reüssieren zu können. Die Unternehmen sind mit enormen Belastungen konfrontiert: hohe Lohnkosten, Energiekosten und vergleichsweise hohe Steuern. Forschung, Technologie und Innovation sind mehr denn je essenzielle Standortfaktoren für forschungsintensive Unternehmen. Internationale Kooperationen und Vernetzung sind dabei ein wesentlicher Hebel für den Erfolg.

Für das 10. EU-Forschungsrahmenprogramm („FP10“), das Nachfolgeprogramm von „Horizon Europe“ ab 2028, haben die Vorbereitungsarbeiten sowohl auf EU-Ebene als auch national bereits Fahrt aufgenommen. Die Industriellenvereinigung fordert für FP10 ein schlagkräftiges Budget von zumindest 200 Mrd. Euro und eine Verdoppelung der derzeitigen Dotierung für Schlüsseltechnologien und industrielle Zukunftsbereiche.

Task-Force-Vorsitzende Herlitschka

Um die künftigen europäischen FTI-Initiativen gut abgestimmt strategisch begleiten und so an der Gestaltung mitwirken zu können, hat die Industriellenvereinigung nun eine EU-Task-Force FTI unter dem Vorsitz von Vizepräsidentin Sabine Herlitschka aufgesetzt, die am 22. Mai mit einer Auftaktveranstaltung startete.

Österreich zählt zu den erfolgreichsten einwerbenden Forschungsländern in Europa und hat bisher knapp über eine Milliarde Euro aus Horizon Europe zurückgeholt. Im Vorgängerprogramm Horizon 2020 konnten 1,9 Mrd. Euro an Rückflüssen realisiert werden. Ebenso beteiligt sich Österreich in den letzten Jahren



IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka und Bundesministerin Karoline Edtstadler

erfolgreich an fünf Important Projects of Common European Interest (IPCEI) und hat die nationale Finanzierung von Vorhaben unter dem EU Chips Act auf den Weg gebracht – an diese Erfolge gilt es anzuschließen. Immer mehr dieser Initiativen sind nicht nur über die allgemeinen EU-Beiträge der Mitgliedsstaaten, sondern auch direkt national zu finanzieren. Damit Österreich auch einen effektiven Nutzen daraus ziehen kann, sind eine strategisch vorausschauende Entscheidungsfindung und adäquate Mittelausstattung umso mehr gefordert.

Bei der Auftaktsitzung der EU-Task-Force FTI diskutierten Bundesministerin Karoline Edtstadler (Bundeskanzleramt), Sektionschefin Barbara Weitgruber (Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung) sowie Georg List (AVL List, Chair of the Research & Innovation Working Group, Business

Europe) mit Industrievertretern und -vertreterinnen über die Erwartungen an das neue Forschungsrahmenprogramm FP10 und darüber, wie es gemeinsam mit strategischen Partnern gelingen kann, dass Europa offensiv in Forschung, Schlüsseltechnologien und Innovation investiert.

HUNTING FOR EXCELLENCE – Stipendium für Zukunftsthemen

2024 können Studierende, die kurz vor Abschluss ihres Studiums stehen, wieder ein Stipendium der DDr. Franz Josef Mayer-Gunthof-Stiftung erhalten.

Die DDr. Franz Josef Mayer-Gunthof-Stiftung der Industriellenvereinigung vergibt auch 2024 Stipendien an Studierende, die kurz vor dem Abschluss ihres Studiums stehen. Dr. Franz Josef Mayer-Gunthof war als Mitbegründer und langjähriger Präsident der Industriellenvereinigung eine der Schlüsselfiguren für die Vertretung der österreichischen Industrie in der Zweiten Republik. Unter dem Motto „Hunting for Excellence“ will die Stiftung zur Entwicklung von industrierelevanten Zukunftsthemen beitragen.

INFORMATION

Im Jahr 2024 wird eine finanzielle Unterstützung i. H. v. insgesamt rund € 10.000 bereitgestellt. Voraussichtliche Ausschüttung: 1 x € 5.000; die weiteren € 5.000 werden je nach Qualität der jeweiligen Ansuchen aufgeteilt.

Einsendeschluss: 07.10.2024



Die Stiftung hat sowohl eine wirtschaftliche als auch naturwissenschaftliche Ausrichtung. Sie unterstützt Studien zur Kompetenzbeschaffung und zur Vertiefung der jeweiligen fachlichen Fremdsprachenkenntnisse an internationalen Spitzeninstituten in Bildung, Wissenschaft und Forschung.



Podiumsdiskussion beim Kick-off der neuen Task Force

Junge Industrie für Europas Zukunft

Jede Stimme zählt!

Die Europawahl im Juni markiert einen entscheidenden Wendepunkt – zum generellen Weg, den Europa einschlagen wird, und auch punkto Weichenstellungen für die heimische Industrie. Themen wie die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit, Klimaziele und bürokratische Hürden stehen im Fokus und werden mit jeder Stimme indirekt mitgestaltet.

Daher haben auch wir von der JI uns und unsere Mitglieder darauf vorbereitet. Im Rahmen der dreiteiligen Vortragsreihe „Talk about EU“ der JI-NÖ/Blgd. erhielten Interessierte Einblicke zu aktuellen politischen Themen. Bei der ersten Veranstaltung der Serie vertiefte Maria Theresa Lein vom IV-Büro Brüssel das Verständnis über Arbeitsweise und Prozesse der Union. Eine Herausforderung für die nächste EU-Kommission werde sein, „ein ausgewogenes Verhältnis zwischen internationaler Wettbewerbsfähigkeit und klimapolitischen Ambitionen zu finden“, erklärte Valerie Gruber, Vertreterin

des IV-Büros in Brüssel, bei der zweiten Veranstaltung. Markus Beyrer, Generaldirektor von Business Europe, diskutierte zum Abschluss der Reihe als Gast die Zukunft des Industriestandorts Österreich und die Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen.

Auch in der Steiermark ging es Anfang Mai um die EU: Politikberater Thomas Hofer betonte in einer Veranstaltung der JI-Steiermark, wie globale politische Entwicklungen den österreichischen Standort beeinflussen können. Da in Österreich rund 60 Prozent durch Export erwirtschaftet werden, ist das Superwahljahr von zentraler Bedeutung, denn es geht um unsere Wettbewerbsfähigkeit und den Wohlstand des Landes.

Um diese Zukunft tatsächlich mitgestalten zu können, hängt viel von der Wahlbeteiligung ab, denn auch bei dieser Wahl ist die junge Generation zahlenmäßig weit unterlegen. Umso wichtiger ist es daher, dass jedes Stimmrecht genutzt wird!

Team „Barrieren überwinden“ gewinnt Award

Mitte Mai ging der von der Jungen Industrie unterstützte Ideenwettbewerb NEXT GENERATION AWARD in Wien über die Bühne.

Die Jugend sieht sich mit immer mehr Problemen in der Zukunft konfrontiert, und manch einer fühlt sich daher machtlos – nicht so die Jugendlichen beim „Fest der Ideen Wien“, die die Zügel selbst in die Hand nehmen und Probleme in Gegenwart und Zukunft lösen wollen. Dazu haben die Oberstufenschüler zu den von ihnen erkannten Herausforderungen eine Idee entwickelt (Idea Challenge) und einen Businessplan geschrieben, um ihr Projekt zu verschriftlichen (Real Market Challenge). Dieser wurde dann von einer Jury bewertet; ebenso die Präsentation, die die Schüler vor den Juroren beim „Fest der Ideen“ hielten. Aus der Summe der beiden Bewertungen resultierten die Gewinner der zwei Kategorien des Ideen- und Businessplan-Wettbewerbs NEXT GENERATION. In der Kategorie „Idea Challenge“, die den Fokus auf das Geschäftsmodell legt, konnte „Feedalگو“ den Sieg holen.

Bei der „Real Market Challenge“ wird die Umsetzbarkeit der Projekte stärker gewichtet – hier hat es das Projekt „Barrieren überwinden“ der Jury besonders angetan: Sidney, Oliver und Benedikt entwickeln ein Gütesiegel für rollstuhlgerechte Hotels und setzen das Projekt auch um. Das Team wird auch mit dem „Social Entrepreneur Award“ ausgezeichnet. Die besten Teams haben damit ein Ticket für das Bundesfinale bekommen, bei dem sie um den Österreich-Titel kämpfen können.

Der Ideen- und Businessplan-Wettbewerb NEXT GENERATION Wien wird von „e.e.si“-Landeskoordinatorinnen und IFTE #Entrepreneurship4Youth in Kooperation mit der Wiener Wirtschaftsagentur, Unicredit Bank Austria, WK Wien, der Jungen Industrie Wien und der Julius Raab Stiftung umgesetzt.



Bildungsminister Martin Polaschek gratuliert Oliver Kirnbauer, Sidney Kunz und Benedikt Thaler, Team: „Barrieren überwinden“, Preisträger 1. Platz „Real Market Challenge“ und „Social Entrepreneur Award“, gemeinsam mit Jurymitglied Ralf Artner, Wolfgang Neubert und Marion Morales Albiñana-Rosner.



Europa – das erfolgreichste Friedensprojekt der Menschheitsgeschichte

Wir haben es bloß vergessen!

192 Einträge findet man in der Kategorie „Krieg in Europa“ auf Wikipedia. Der Großteil davon betraf Länder in der heutigen EU. Seit der Gründung der Union hat die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nicht nur zum Frieden auf dem Kontinent, sondern auch in anderen Teilen der Welt durch Unterstützung und Entwicklungshilfe wesentlich beigetragen. Zur Erinnerung: Für ihren Einsatz für Demokratie, Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit hat die EU im Jahr 2012 auch den Friedensnobelpreis verliehen bekommen.

Wohlstand, Freiheit und Stabilität sind seither für die Bevölkerung zum Selbstverständnis geworden. Der immer noch andauernde Krieg in der Ukraine sollte uns daher eindrücklich vor Augen führen, welche essenzielle Vorteile die Union für die Menschen hat. Wirft man einen Blick in die Zeitungen und auf einige Wahlplakate im Land, zeigt das Stimmungsbild allerdings etwas anderes: Verdrossenheit mit der Politik der Union, Distanz zu den Entscheidungsträgern in Brüssel sowie Unzufriedenheit mit den Prozessen in den EU-Institutionen prägen die Medienlandschaft.

Die EU-Wahlen sind richtungsweisend für die Zukunft Europas. Wir müssen uns alle an der Nase nehmen und aufzeigen, welche Vorteile wir alle durch die EU erleben. Und das sind keine Kleinigkeiten, sondern die Grundpfeiler unseres Daseins: Frieden, Sicherheit und die Freiheit, das zu tun, was man möchte. Daher sollte es also selbstverständlich sein, die Demokratie zu leben und am 9. Juni zur Wahlurne zu gehen.

Julia Aichhorn,
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie

Standort: Müssen stärker fokussieren

In der Vorstandssitzung der IV-Wien am 13. Mai drehte sich alles um dringend notwendige Veränderungen in Österreich und Europa. Deutlich wurde dabei jedenfalls, dass wahre Mammutaufgaben auf uns warten.

Präsident Christian C. Pochtler war zu Beginn der Sitzung bemüht, auch positive Entwicklungen zu würdigen: So sei die konjunkturelle Lage nach wie vor schwach, aber immerhin etwas stabiler, auch die Energiekosten seien gesunken, wenn auch noch immer auf viel höherem

„Regulierungswut“ wieder in den Griff zu bekommen.

„Stärke nach außen, Freiheit nach innen“

Der Europaabgeordnete Lukas Mandl nahm diesen Ball als erster Gast der Vorstandssitzung direkt auf: Auch er sah es

ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten und EU-Sonderbeauftragten Enrico Letta erste gute Impulse. Das Ziel müsse sein, Europa möglichst rasch resilienter zu machen, so Mandl; seine Vision laute dabei „Stärke nach außen, Freiheit nach innen“. Aus seiner Sicht sei es dringend geboten, Europa bis zum

zu helfen.“ Das bedeute unter anderem, dass Europa Abhängigkeiten von anderen Staaten und Regionen in möglichst allen Bereichen weiter abbauen müsse; es bedeute aber auch, dass man dem Thema Verteidigung noch mehr Aufmerksamkeit schenken müsse, so Mandl: „Seit dem Beginn des Angriffskriegs Russlands gab es viele gute Anfänge – aber auch diese Schwalbe macht noch keinen Sommer.“ Mandl würde sich beispielsweise einen eigenen Kommissar für Verteidigung wünschen.

Für ein besseres Funktionieren Europas sei außerdem die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips in der EU notwendig – hier gehöre aber auch Österreich selbst immer wieder eher zu den Bremsern. Mit Blick auf die aktuellen Debatten in Österreich meinte Mandl, die Menschen hätten, von Corona mitbefeuert, eine falsche Einstellung zum Thema Arbeit – der sinnstiftende Aspekt von Arbeit sei etwa völlig aus dem Fokus geraten. „Dieses Problem müssen wir unbedingt angehen!“, so Mandl.

Misstrauen und „Suderei“

Mit ein paar Anmerkungen zur Einstellung der Österreicher zu manchen Themen begann im Anschluss Peter Hajek seinen Impuls mit Blick auf das „Superwahljahr 2024“. So habe er oft den Eindruck, in Österreich werde „mehr gesudert, als es uns wirklich schlecht geht“. Es gehe sich oftmals für viele aus, nur halbtags zu arbeiten und dennoch einen guten Lebensstandard zu haben. Auch in Umfragen werde daher deutlich, dass die Mehrheit nur sehr schwer für längere Arbeitszeiten zu motivieren sei. Problematisch sei hierzulande, dass mittlerweile acht von zehn Österreichern der Politik mit Misstrauen gegenüberstehen. Gleichzeitig sei es aber ebenfalls ein typisch österreichisches Phänomen, dass „sowohl die Bevölkerung als auch sogar manche Unternehmer immer viel zu schnell nach dem Staat rufen“, so Hajek.

Es brauche einen kulturellen Wandel im Land. Hajek nannte auch konkrete Beispiele, wie man den Menschen Denkanstöße geben könnte: So könnte man wie in der Schweiz den Menschen ihr Gehalt brutto auszahlen, die Steuern werden erst später über die individuelle Steuererklärung eingehoben. In Österreich könnten nämlich viele derzeit nicht einmal zwischen Brutto und Netto unterscheiden; sie sehen nur, was am Konto landet.

WEBTIPP

Der ehemalige italienische Ministerpräsident und EU-Sonderbeauftragte Enrico Letta hat einen Reformbericht für den EU-Binnenmarkt vorgestellt, um Europa wieder wettbewerbsfähiger zu machen.

Der Bericht als Download:



In seiner Eröffnung warnte Präsident Christian C. Pochtler vor drohender „Deindustrialisierung und Wohlstandsverlust“.

Niveau als vor Corona, und die Inflation sei ebenfalls zurückgegangen, werde aber erst in drei bis vier Jahren den Zielwert von zwei Prozent erreichen. Insgesamt sei es aber schwer, optimistisch zu bleiben, wie der Präsident beispielsweise mit Blick auf das österreichische Budget ausführte: „Wir planen, in den kommenden drei Jahren immer rund 20 Prozent mehr auszugeben, als wir einnehmen.“ Trotzdem seien jetzt bereits die ersten „Wahlzuckerl“ mit Blick auf den Herbst angekündigt worden. Gleichzeitig würden „Träumereien“ wie eine Vier-Tage-Woche oder noch mehr Urlaub diskutiert. Dabei befinde sich Österreich längst „vor einem Umbruch in Richtung beschleunigte Deindustrialisierung und Wohlstandsverlust“.

Aus seiner Sicht ist es daher in der Standortpolitik notwendig, „noch mehr zu fokussieren“ und die wichtigsten Themen dafür umso konsequenter anzupacken, wie Pochtler ausführte: So müsse man Mehrleistung attraktivieren und mit Blick auf die gesamte Volkswirtschaft die geleisteten Arbeitsstunden übers Jahr erhöhen. Das bedeute, dass man die Einkommenssteuer spürbar senken müsse und sicherlich keine neuen, zusätzlichen Steuern einführen dürfe. Auf der Ausgabe Seite sei es höchst an der Zeit, endlich die Dauerbaustelle Pensionssystem anzugehen. Angesichts der zunehmenden Zersplitterung der Parteienlandschaft fände er hierzulande außerdem den Wechsel hin zu einem Mehrheitswahlrecht überlegenswert. In Europa sei es derzeit am allerwichtigsten, die

als zentrales Anliegen, die Überregulierung abzubauen und in Europa durch mehr Produktion und Forschung einen Aufschwung zu entfachen. Bezüglich des Abbaus an überbordender Regulierung sowie der Stärkung des Binnenmarkts in der EU liefere der Bericht des

Herbst „fit für alle Szenarien“ zu machen, deshalb dürfe man sich dieses Mal auch nicht zu lange Zeit lassen mit der Bestellung einer neuen Kommission. „Anfang November sind in den USA Wahlen, bis dahin muss Europa vorbereitet sein und die Fähigkeit haben, sich notfalls selbst



EU-Parlamentarier Lukas Mandl mahnte zu Tempo bei der Bildung einer neuen EU-Kommission nach der Wahl – die EU müsse spätestens im Herbst handlungsfähig sein.



UNREGIERBAR UNTERM SCHULDENBERG

In unserer jüngsten Vorstandssitzung in der IV-Wien wurde viel über Österreich, Europa und unsere Wettbewerbsfähigkeit diskutiert, zudem auch über mögliche Szenarien nach der Nationalratswahl im Herbst. Beglückend war keine der Diskussionen.

DEBATTE

Teilen Sie uns Ihre Meinung mit – via E-Mail an debatte@iv.at.

Die Herausforderungen, die wir mittlerweile in Österreich haben, scheinen manchmal erdrückend: Eine dramatisch sinkende Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere durch zu hohe Arbeitskosten, zu hohe Energiekosten, eine enorme Staatsverschuldung, fehlende Strukturreformen ... – über all das haben wir in den vergangenen Jahren immer und immer wieder diskutieren müssen, getan hat sich aber leider viel zu wenig. Aus zweierlei Gründen hat sich in den Diskussionen schließlich der Vergleich mit unserem Nachbarn Italien aufgedrängt; aber eines nach dem anderen.

Der erste Punkt betrifft unseren Umgang mit Steuergeld: Österreich hat ein massives Ausgabenproblem, und dieses wurde de facto bis ins Jahr 2026 festgeschrieben. Die Neuverschuldungsquote könnte übrigens, so die Warnung des Fiskalrats, bereits heuer die Maastricht-Grenze von drei Prozent des BIP übertreffen – und das ausgehend von einem ohnehin schon enormen Verschuldungsniveau. Darüber hinaus wurden bereits neue „Wahlzuckerl“ angekündigt, die noch nicht einmal im Budget eingepreist sind. Die Ausgabenwut der Politik ist in den vergangenen Jahren geradezu explodiert. Corona war hier ein Brandbeschleuniger, darf aber keineswegs als Ausrede herangezogen werden – auch vor Corona war ein ausgeglichener Haushalt in Österreich ein Fremdwort. Unser Glück war aber, dass die Nullzinspolitik der vergangenen Jahre vieles verdeckt hat und wir uns stets günstig refinanzieren konnten. Die Zeiten haben sich aber geändert.

Vor steigenden Zinsen haben alle immer schon gewarnt, und ausgerechnet jetzt, wo die Kosten für den Zinsendienst der Republik tatsächlich steigen werden, geben wir noch mehr Gas beim Schuldenmachen. Vor hohen Arbeitskosten sowie sinkender Wettbewerbsfähigkeit haben wir ebenso immer gewarnt – und ausgerechnet jetzt haben uns viele umstrittene Maßnahmen der Politik für die Energietransformation und gegen die Teuerung in eine heftige Lohn-Preis-Spirale hineingeritten. Dadurch sind viele Unternehmen akut in ihrer Existenz gefährdet – in der metalltechnischen Industrie etwa rechnet bereits ein Viertel mit einem negativen EBIT. Dabei sollten wir investieren, in die Digitalisierung, in die Energiewende etc. Das wird sich alles nicht ausgeben. Aktuell steigt die Arbeitslosigkeit, was wiederum die Staatseinnahmen verringern, die Ausgaben aber erhöhen wird. Italien galt lange Zeit als der „kranke Mann“ Europas, Griechenland war wegen einer noch weniger tragfähigen Verschuldung schließlich jahrelang in den Schlagzeilen, aber hat sich inzwischen durch einen strikten Reformkurs einer konservativen (und schließlich sogar wiedergewählten) Regierung gut erholt.

So wie die Dinge laufen, müssen wir vorsichtig sein mit Floskeln wie „italienische Verhältnisse“. Der andere Grund für den Italien-Vergleich war die Präsentation der jüngsten Umfrageergebnisse von Peter Hajek im Vorstand – manche noch unveröffentlicht, weshalb ich hier auch keine Zahlen nennen kann. Aber es ist seit einiger Zeit ohnehin immer ähnlich: Die FPÖ ist vorne, ÖVP, SPÖ, Grüne und NEOS kommen nicht vom Fleck. Das gibt neuen politischen Bewegungen Aufwind.

Aus jetziger Sicht haben wir im Herbst am Ende sieben Parlamentsparteien.

Das Worst-Case-Szenario: instabile Regierungsmehrheiten mit zu vielen Kompromissen und geringer Haltbarkeit – und damit womöglich Neuwahlen nach kurzer Zeit. In Italien kennt man das, man hat sich aber arrangiert – und übrigens auch immer wieder Versuche gemacht, die Verhältnisse über Wahlrechtsänderungen (z.B. Bündnisverpflichtung für kleinere Parteien, Elemente des Mehrheitswahlrechts etc.) zu erleichtern. In Österreich hat so etwas (wie auch zum Beispiel anderswo übliche Minderheitsregierungen) gar keine Tradition. Wir werden uns schwertun – zudem zeigen Hajeks Zahlen, dass mittlerweile acht von zehn Österreichern der Politik schlichtweg nicht mehr trauen. Keine schönen Aussichten.

Was also tun? Was den Standort Österreich angeht, wäre es klar, aber scheinbar muss der Karren erst gegen die Wand fahren, bevor wir endlich handeln. In so einer Situation müssten wir uns dringend auf die wichtigsten Baustellen (Leistung fördern, planbare Rahmenbedingungen bei Energie, Infrastruktur und Steuern sowie ein nachhaltiges Pensionssystem) fokussieren und diese konsequent abarbeiten.

Was aber tun gegen die Politik- und Politikerverdrossenheit im Land? Genauso wie bei Diskussionen über Steuern oder die Pensionen hat es auch dazu in Österreich natürlich schon Debatten gegeben: Vor circa 15 Jahren wurde von vielen Seiten beispielsweise über das Mehrheitswahlrecht diskutiert, der Linzer Universitätsprofessor Klaus Poier hatte sogar ein für Österreich maßgeschneidertes „minderheitenfreundliches Mehrheitswahlrecht“ verfasst. Geendet ist das Ganze, wie bisher auch jede

Staats- und Verwaltungsreformdiskussion, in der Rundablage. Vielleicht bringt die politische Situation, auf die wir zusteuern, die Debatte wieder in Gang? Denn ein Mehrheitswahlrecht würde zumindest für relativ stabile Regierungen sorgen. Eine Abkehr vom Listenwahlrecht, hin zu Direktmandaten, könnte ebenfalls helfen. Wenn ich bewusst EINE Person in meinem Wahlkreis wählen kann, die dann eben diesen EINEN Wahlkreis im Parlament vertritt, dann schafft das Nähe UND auch mehr Verbindlichkeit aufseiten der Politiker. Mehr Accountability für ihre Wähler, ihren Wahlkreis – ähnlich wie in den USA oder Großbritannien. Das könnte im idealen Fall dazu führen, dass die besten Köpfe ins Parlament gewählt werden und eben nicht eine Partei, die ihr Personal intransparent auf Bundes- und Landeslisten reiht. Und das würde auch zu mehr Selbstbewusstsein für einzelne Politiker führen – und auch eher dazu, dass man das eine oder andere Mal nicht nach reiner Parteiräson abstimmt, sondern weil etwas richtig und wichtig ist.

Zukunftsmusik? Ja, sicher, genau wie eben auch eine echte Pensionsreform – was nichts daran ändert, dass beides gute Ideen wären. Es stellt sich nur die eine entscheidende Frage: Sind wir als Gesellschaft vernünftig genug, lieber gleich Konsequenzen aus der derzeitigen Situation zu ziehen, oder braucht es zuerst die Katastrophe, wie das etwa auch bei Griechenland, aber beispielsweise auch bei Schweden der Fall war? Ich fürchte mich ein wenig vor der Antwort ...

Christian C. Pochtler,
Präsident der IV-Wien



Circa 500 Wohnungen entstehen auf rund 50 Stockwerken.



Mit rund 180 Metern entsteht mit den DANUBEFLATS der höchste Wohnturm Österreichs.

JI-Wien-Baustellenbesichtigung

Mitte Mai wurden die JI-Mitglieder durch den neuen Wohnturm von Soravia und der S+B Gruppe geführt.

Wien bekommt ein neues architektonisches Wahrzeichen: An der Neuen Donau entsteht mit rund 180 Meter Höhe der höchste Wohnturm Österreichs – DANUBEFLATS. Rund 500 Eigentumswohnungen in unterschiedlichen Größen werden aktuell fertiggestellt. Die Dachgleiche wurde bereits Ende letzten Jahres erreicht, im Moment liegt der Fokus der Bauarbeiten

im Innenbereich. Ende 2024 soll das Projekt vollendet sein.

Die JI-Mitglieder bekamen eine exklusive Führung durch die DANUBEFLATS und bestaunten dabei verschiedene Wohnkonzepte auf mehreren Stockwerken. Vielen Dank an die Soravia Group, die die Besichtigung organisierte und die Mitglieder mit spannenden Informationen zum Bau versorgte!

„Karten werden neu gemischt“

Im Interview mit den „iv-positionen“ spricht der Meinungsforscher Peter Hajek über die möglichen Trends bei nationalen und internationalen Wahlen in diesem Jahr. Dabei stehen einige sehr zentrale Fragen auf dem Prüfstand.

Sehr geehrter Herr Hajek, ihr Impuls-Statement in der Vorstandssitzung der IV-Wien stand unter dem Titel „Superwahljahr 2024: Der Westen im Umbruch?“ Wo erwarten Sie sich die größten Veränderungen im heurigen Jahr?

Mit den USA und der EU werden im heurigen Superwahljahr die Karten in großen Teilen der westlichen Welt neu gemischt. In den USA stehen mit Joe Biden und Donald Trump gänzlich unterschiedliche politische Ausrichtungen zur Auswahl. Gewinnt Trump die Wahl, kann das international weitreichende Folgen haben, ebenso wie ein möglicher Rechtsruck der EU, wobei dieser nicht so stark ausfallen wird, wie manche befürchten. Von diesen Wahlentscheidungen hängen dann auch die Lösungskonzepte für die großen Themen unserer Zeit ab, wie die Ausrichtung im Bereich Klimaschutz, die weitere Ausgestaltung der Unterstützung der Ukraine durch den Westen bis hin zu wirtschaftspolitischen Aspekten. Insbesondere auf EU-Ebene wird es auch ein Thema sein, wie die schwächelnde europäische Wirtschaft wieder an Fahrt gewinnen kann und welche Strategien man findet, um wirtschaftlich nicht gegenüber anderen Weltregionen ins Hintertreffen zu geraten. Und aus österreichischer Sicht wird natürlich auch die Nationalratswahl interessant, und – vielleicht noch mehr als das Wahlergebnis an sich – die Koalitionsbildung danach. Schaffen KPÖ und Bier-Partei den Einzug, haben wir ein Sieben-Parteien-Parlament. Zwei-Parteien-Koalitionen werden da kaum noch möglich sein, nach derzeitigem Umfragestand insbesondere ohne Beteiligung der FPÖ, mit der jedoch alle anderen Parteien aktuell eine Zusammenarbeit zumindest mit Herbert Kickl ausgeschlossen haben. Es deutet einiges auf die erste Dreierkoalition auf Bundesebene hin.

Bleiben wir in Österreich: Aus den letzten Wahlergebnissen bzw. den



jüngsten Umfragen könnte man eine gewisse Skepsis gegenüber etablierten Parteien herauslesen. Sind die Bürger politikverdrossen – oder nur politikverdrossen?

Die vergangenen Jahre waren eine Zeit multipler Krisen, von der Coronapandemie über die hohe Inflation, die mit Kaufkraftverlusten für die Menschen verbunden war, bis hin zu einem Kriegsausbruch in Europa. Viele Menschen sind durch diese Krisen tiefgreifend verunsichert, haben das Gefühl, die Dinge werden schlechter statt besser, und sie merken auch, dass die Politik viele Probleme heute nicht mehr in dem Ausmaß lösen kann, gerade Themen, die über den Nationalstaat hinausgehen. Bei Corona kommt dazu, dass Teile der Bevölkerung gegen die gesetzten Maßnahmen wie Lockdowns und die temporär beschlossene Impfpflicht waren, was bei ihnen zu einer gewissen Entfremdung vom politischen System geführt hat und immer noch nachwirkt. Dazu kommt eine Reihe von Politskandalen, die das Bild der Politiker in den letzten Jahren massiv beschädigt haben. Daraus ergibt sich sowohl eine Politikverdrossenheit

als auch eine Politikverdrossenheit, weil man eben das Gefühl hat, die Politik kann die Probleme, mit denen man konfrontiert ist, nicht mehr in dem Ausmaß lösen – oder löst sie anders, als man sich das wünschen würde.

Haben neue politische Bewegungen derzeit, wie manche behaupten, wirklich eine größere Chance als sonst? Womit könnte man am ehesten punkten: mit nüchternen Fakten, mehr Emotion, Populismus?

In Zeiten großer Unzufriedenheit mit der Politik haben neue Parteien größere Chancen, weil sich die Menschen nach etwas Neuem, Anderem sehnen, sozusagen nach einer Art Befreiungsschlag. In Österreich liegt beispielsweise die Bier-Partei in Umfragen bei rund sieben Prozent und damit in der Nähe von NEOS und Grünen. Die Bier-Partei verfügt aktuell in den wenigsten Politikbereichen über eigene Konzepte oder Vorschläge, was allerdings den Vorteil bringt, dass jeder in die Partei hineininterpretieren kann, was er möchte. Mit Dominik Wlany hat die Partei zudem einen jungen, „anderen“ Kandidaten, der eine gewisse

Lässigkeit ausstrahlt. Und das reicht einigen seiner Wähler, zumindest bisher. Über die Jahre hinweg gab es immer wieder neue politische Bewegungen, die mit ganz unterschiedlichen Dingen gepunktet haben; Emotion, Populismus oder auch Sachlichkeit. Wichtig ist, dass die Ausrichtung zur angesprochenen Zielgruppe und zum Kandidaten passt und stimmig ist. Authentizität ist dabei ein wichtiges Stichwort: Gerade in Zeiten politischer Professionalisierung und Politiker-„Sprechblasen“, bis hin zur viel zitierten „Message Control“, kommen Kandidaten gut an, die authentisch wirken. Die Wähler möchten das Gefühl haben, es mit einem „echten Menschen“ zu tun zu haben, der sich ehrlich für ein Thema einsetzt.

Die nächste anstehende Wahl ist jene zum EU-Parlament. Was sind hier aus Ihrer Sicht die großen Trends?

Die EU-Wahl ist heuer spannend, weil in vielen Bereichen Richtungsentscheidungen anstehen: einmal der von vielen erwartete Rechtsruck, also eine Entscheidung zwischen rechts und links. Mithilfe des Migrationspakts wurde zwar auf EU-Ebene versucht, den rechten Parteien den Wind aus den Segeln zu nehmen, das ist aber nur bedingt gelungen. Auch Abschwächungen in den Bereichen Klimaschutz und Elektromobilität konnten die Wählerwanderungen in Richtung rechter Parteien nicht stoppen. Mit der Entscheidung zwischen links und rechts hängt dann auch die zukünftige politische Ausrichtung der Union zusammen: Rückkehr zur Nationalstaatlichkeit oder eine Vertiefung der Union? Mehr Klimaschutz und Innovation im Bereich erneuerbarer Energien oder eine Rückkehr in Richtung Verbrennermotor? Eine stärkere außenpolitische Stimme der EU oder spricht jedes Land weiterhin für sich? Mehr wirtschaftliche Zusammenarbeit und Vereinheitlichung oder ein „Weiter wie bisher“? All diese Fragen stehen im Juni auf dem Prüfstand.

